

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen zur **Abstimmung** über den Einzelplan 10. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/13510, den Einzelplan 10 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer Enthält sich? – Damit ist der Einzelplan 10 mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der CDU, der FDP und des fraktionslosen Abgeordneten Schwerd bei Enthaltung der Fraktion der Piraten **in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses Drucksache 16/13510 angenommen.**

Ich rufe auf:

**Einzelplan 15
Ministerium für Gesundheit, Emanzipation,
Pflege und Alter**

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/13515

In Verbindung mit:

Investitionsprogramm für mehr IT- und Patientensicherheit in NRW! Die Landesregierung muss 600 Millionen Euro in die digitale Infrastruktur der Krankenhäuser investieren!

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/13523

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion dem Kollegen Burkert das Wort.

Oskar Burkert (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sprechen jetzt über den Einzelplan 15. Ich könnte eigentlich meine Rede zu Protokoll geben, denn ich habe die Rede schon im letzten Jahr gehalten.

(Ministerin Barbara Steffens: Das wäre schön! – Weitere Zurufe)

Im letzten Jahr sind viele Pressemitteilungen zu Reden der Ministerin herausgegeben worden. Allerdings ist mit Blick auf die drängenden Probleme in unserem Land nichts geschehen.

Ich denke an die Krankenhausfinanzierung. Die Krankenhausgesellschaft sagt: In NRW haben wir einen Investitionsstau von 12,5 Milliarden €. Für das Notwendigste benötigen wir 1,5 Milliarden €. Die Mittel und die Investitionsmittel sind nicht erhöht wor-

den. – Die Summe, die draufgesetzt worden ist, umfasst die Mittel, die das Land als Kofinanzierung bereitstellt, damit wir die Mittel des Bundes bekommen.

(Ministerin Barbara Steffens: Stimmt doch gar nicht!)

Ich kann nur sagen – da gebe ich den Krankenhausvertretern recht –, dass die Krankenhäuser, die einige Protestwellen in den letzten Wochen und Monaten in Nordrhein-Westfalen zu ihrer Situation durchgeführt haben, am Stock gehen. Das geht zulasten des Personals, und zwar zulasten des Pflegepersonals. Denn die Mittel, die die Krankenkassen zur Verfügung stellen, werden so weit beim Pflegepersonal gekürzt, weil wir keine Basis haben, wie viel Pflegepersonal auf einer Station eingesetzt werden muss. Die wenigen Kräfte im Pflegebereich, die wir haben, müssen über Gebühr arbeiten. Das geht – das weiß jeder, der einmal in einem Krankenhaus gewesen ist – zulasten der Patienten. Bei der Krankenhausfinanzierung ist nichts passiert.

(Ministerin Barbara Steffens: Stimmt doch gar nicht!)

Im letzten Jahr habe ich an dieser Stelle angeführt: Zugesagt ist, dass 2015 der Krankenhausbedarfsplan umgesetzt werden sollte. – Meine Damen und Herren, bis heute ist nichts passiert.

(Ministerin Barbara Steffens: Das stimmt doch gar nicht!)

– Es ist nichts passiert im Bereich des Krankenhausbedarfsplans.

(Ministerin Barbara Steffens: Herr Burkert!)

Es ist noch schlimmer, wenn sich Krankenhäuser bemühen, in Eigeninitiative Änderungen herbeizuführen. In meiner Heimatstadt wurde 2011 der Antrag von einem Haus im Bereich der Psychiatrie gestellt. Bis heute ist keine Umsetzung erfolgt. Das sind fünf vertane Jahre. In der Zeit hätten wir im Bereich der Psychiatrie Möglichkeiten schaffen können, weil wir dort einen riesigen Mangel an Plätzen haben, die Menschen Schlange stehen und lange Wartezeiten haben.

Bei einem weiteren Punkt hat sich nichts getan – wir merken das immer mehr an den Zuständen in den ländlichen Bereichen –, nämlich beim Ausdünnen der Zahl der Hausärzte. Noch schlimmer fällt dieses Ausdünnen bei den Fachärzten ins Gewicht. Lange Wege müssen in Kauf genommen werden, um Fachärzte in den Städten und Ballungsgebieten aufzusuchen. Nichts ist passiert.

Wir haben bereits vor zwei Jahren ein Papier auf den Weg gebracht und in den Landtag eingebracht, wie wir diese Mängel beheben könnten und welche Möglichkeiten wir nutzen sollten, damit wir denselben Versorgungsstandard im ländlichen Raum haben.

Wir haben selbst eine Fakultät in Bielefeld eingefordert. Was ist passiert? Nichts!

(Ministerin Barbara Steffens: Dafür bin ich doch gar nicht zuständig!)

Im Ausbildungsbereich wird gesagt, wir hätten den höchsten Stand bei Kräften der Pflege und Altenpflege. Das ist richtig. Das ist auch gut so. Wir müssen noch mehr dafür tun. Aber was tun wir denn mit Blick auf die Generalisierung?

(Ministerin Barbara Steffens: Generalistik, Herr Burkert!)

Sie, Frau Ministerin, haben dies bekämpft. Sie bekämpfen es heute noch, sodass wir nicht zur Generalisierung kommen. Wenn wir diese Generalisierungsausbildung hätten, würde sie alle drei Pflegeberufe, Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege, auf Augenhöhe bringen – nicht nur beim gesellschaftlichen Ansehen, sondern vor allen Dingen beim Gehalt.

Die „BILD“-Zeitung hat vor einigen Monaten einen Gehaltsvergleich der Pflegeberufe durchgeführt. Danach beträgt die Gehaltsdifferenz zwischen Kranken- und Altenpflege bis zu 800 € im Monat in Deutschland. In Nordrhein-Westfalen ist das nicht ganz so schlimm. Hier liegen die Differenzen zwischen 200 € und 300 € im Monat.

Wir können uns der Generalisierung nicht verweigern. Wenn nämlich 90 % der Altenpflege- und Kinderkrankenpflegeausbildung identisch sind, ist es höchste Zeit, dass wir das, was 1990 auf den Weg gebracht wurde, nämlich die Idee der Generalisierung, der Vereinheitlichung der Berufe, auch umsetzen. 2000 hat die damalige Gesundheitsministerin Fischer von den Grünen

(Regina Kopp-Herr [SPD]: Andrea, nicht Birgit!)

ein Gutachten auf den Weg gebracht, damit diese Dinge untersucht werden. Alle regierungstragenden Fraktionen im Deutschen Bundestag egal welcher Farbe haben in ihre Koalitionsverträge hineingeschrieben: Wir brauchen die Generalisierung.

(Ministerin Barbara Steffens: Die Generalistik!)

Jetzt ist es endlich so weit. Ich fordere Sie auf, auch in der Länderkammer Druck zu machen, dass wir in diesem Jahr noch zu dieser Generalisierung kommen.

(Ministerin Barbara Steffens: Generalistik!)

Wir haben es gesehen – das sagen auch die Zahlen der Apothekerkammer Westfalen Lippe –: Es gibt einen Rückgang der Zahl der Apotheken. Gleichzeitig wird ein Fachkräftemangel mit Blick auf PTA beklagt.

Ich will die gesamte Diskussion hier nicht wiederholen. Aber Versandapotheken können nicht das Ziel sein. Wir lehnen sie ab.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Denn der Patient muss ein Gespräch mit einem Apotheker führen, damit er die Sicherheit hat, dass ihm die Medikamente, die er einnehmen soll – teilweise sind das bis zu 15 verschiedene Sorten pro Tag – nicht schaden.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Denn wir haben den Beweis durch eine Studie, dass über 15.000 Menschen in Deutschland an Medikamentenvergiftung sterben, weil sich unterschiedliche Medikamente nicht vertragen.

(Jens Geyer [SPD]: Aber nicht durch Versandapotheken!)

– Der Apotheker, lieber Kollege, kann dem Patienten die entsprechenden Ratschläge geben. Das Gespräch ist für den Patienten sehr wichtig, um die Sicherheit direkt vom Apotheker zu bekommen. Er geht nicht nur in die Apotheke, weil er die „Apotheken Umschau“ abholen will.

Frau Ministerin, Sie haben selbst in der Legislaturperiode 2005 bis 2010 die Pflegekammer gefordert. Ich weiß: Ich habe damals der Einrichtung einer Pflegekammer widersprochen.

(Zuruf von Ministerin Barbara Steffens)

Grund für mein damaliges Nein zu Pflegekammer war der Bericht der Enquetekommission in der Legislaturperiode davor. Das hat sich mittlerweile geändert.

Ich bitte Sie, alles auf den Weg zu bringen, damit wir in der nächsten Legislaturperiode – wir wissen, dass das mit Sicherheit zwei bis drei Jahre dauert – zu einer Umsetzung der Pflegekammern kommen, weil die Pflegekräfte einen entsprechenden Status haben müssen, damit sie Gehör in den verschiedensten Gremien finden.

Ich kann nur eines sagen: Die Beispiele aus Rheinland-Pfalz – die Pflegekammer ist noch nicht allzu lange am Netz – sind sehr positiv. Die wenigen Gegenstimmen, die wir gehört haben, wurden auch in der Anhörung vor einigen Wochen von den Vertretern derer, die sich mit der Pflegekammer beschäftigt haben, widerlegt.

Ich kann nur sagen, Frau Ministerin: in diesem Jahr viel gesagt, nichts gemacht. Das muss sich ändern im nächsten Jahr, am 14. Mai, und es wird sich ändern.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Burkert. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Warden.

Marion Warden (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Burkert, ich sehe es natürlich ganz anders: Wir haben viel gesagt und auch viel gemacht in den letzten fünf Jahren. Frau Steffens hat sich als Ministerin, glaube ich, sehr engagiert in dem Bereich ihres Ministeriums eingesetzt.

Wir finden, dass der vorliegende Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2017 sorgfältig durch die Landesregierung erarbeitet wurde und auch auskömmliche Planansätze aufweist. Es sind für die Bevölkerung wichtige Bereiche, die abzudecken sind, nämlich wie Sie eben auch schon selbst gesagt haben: Gesundheit, Pflege und Alter, über die wir heute hier beschließen.

Die geplanten Ausgaben des Einzelplans 15 – so heißt dieser Einzelplan – betragen rund 1,134 Milliarden €. Davon gehen allein mehr als 50 % in die Finanzierung unserer Krankenhäuser. Wir werden diesen Ansatz in diesem Jahr noch mal um 52 Millionen € erhöhen, weil wir erkannt haben, dass es in verschiedenen Bereichen doch noch einen größeren Handlungsbedarf gibt.

Wir haben das Gesundheitswesen, die Krankenhausförderung, die Altenpflegeausbildung, Landesförderplan „Alter und Pflege“, altersgerechte Quartiersentwicklungen, Umsetzung Pflegestärkungsprojekt, Gesundheitspolitik, Sicherstellung medizinischer Versorgung im ländlichen Raum, Versorgung von Zugewanderten mit medizinischer Versorgung und viele wichtige Themen, die in unserem Land die Menschen beschäftigen.

Gerade mit Blick auf die demographische Entwicklung in Nordrhein-Westfalen und die damit verbundenen Anforderungen des Lebens im Alter zeigen, dass es wichtig ist, Mittel zu erhöhen. Wir haben einen Haushaltsansatz von 2,8 Millionen € zusätzlich für die Stiftung Wohlfahrtspflege gebildet. Hier geht es um die Förderung von Einrichtungen und Projekten zugunsten von Menschen mit Behinderungen und alten Menschen oder auch Maßnahmen für Jugendliche und Menschen in schwierigen Lebenslagen.

Wir möchten die Mittel erhöhen für einen optimierten Maßregelvollzug, noch mal um 5,5 Millionen €. Es gibt ein Plus von 4,3 Millionen € unter anderem zur Umsetzung des Landesförderplanes „Alter und Pflege“ und für die altengerechte Quartiersentwicklung, zum Beispiel mit einem zentralen Modellprojekt von 54 Regionen in Nordrhein-Westfalen.

Wir werden 35,4 Millionen € zusätzlich für die Krankenhausförderung einstellen. Davon – das haben Sie

eben erwähnt – ist natürlich auch der Landesanteil im Strukturfonds enthalten von 19,4 Millionen €. Durch diese Erhöhung werden wir auch den Piratenantrag, der sich mit einem ähnlichen Thema befasst, in dieser Beratung ablehnen.

Für uns ist es als Regierungskoalition besonders wichtig, dass unsere parlamentarische Initiative, nämlich im Haushalts- und Finanzausschuss noch einmal zusätzlich Mittel in Höhe von 500.000 € für die Unterstützung von Krebsberatungsstellen zu erreichen, erfolgreich war. Und – das möchte ich ebenfalls deutlich herausstellen – wir erhöhen auch die Mittel für die Kinderschutzambulanzen in Nordrhein Westfalen, nämlich um 2,5 Millionen € auf 7,87 Millionen €, denn leider macht jedes zweite Kind im Laufe seines Lebens Erfahrungen mit Vernachlässigung, Missbrauch oder Misshandlung. Deshalb brauchen wir die Arbeit der Kinderschutzambulanzen, die mir mit diesen Mitteln im Sinne der Jugendlichen und der Kinder stärken werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales hatte sich bereits in seinen Sitzungen im September, Oktober und November mit dem Haushalt befasst und diesen abschließend beraten und verabschiedet. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat auch noch unseren Änderungsanträgen zugestimmt. Wir werden heute in der zweiten Lesung dem Einzelplan 15 zustimmen, den Änderungsantrag der Piratenfraktion aber ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Warden. – Für die FDP-Fraktion spricht Frau Kollegin Schneider.

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Nordrhein Westfalen braucht auch in Zukunft eine qualitativ hochwertige und flächendeckende Gesundheitsversorgung für alle Menschen, gerade auch im ländlichen Raum. Angesichts der Herausforderungen des demografischen Wandels und des medizinisch-technischen Fortschritts ist da insbesondere auch die Landesregierung gefordert.

Wir haben schon gehört: Hauptproblem ist die Krankenhausfinanzierung in Nordrhein-Westfalen. Es fehlt an allen Ecken und Enden. Die Zahlen kreisen um 1,5 Milliarden €. Da sind andere Bundesländer etwas weiter und haben größere Anstrengungen unternommen. So will zum Beispiel Niedersachsen über ein Sondervermögen ein zusätzliches Investitionsvolumen von rund 600 Millionen € schaffen. Sicher ist dieses Instrument als eine Art Schattenhaushalt nicht unproblematisch. Es geht aber auch mit einer deutlichen Erhöhung der Haushaltsmittel wie in

Baden-Württemberg um rund 100 Millionen € in den letzten Jahren.

Während die Fördermittel in Baden-Württemberg oder Hessen aktuell bei rund 40 € je Einwohner liegen, sind es in NRW nur rund 30 € je Einwohner, und bei den Fördermitteln je Krankenhaus liegen diese Länder mit rund 8.000 bzw. 7.000 € noch deutlich vor Nordrhein-Westfalen mit rund 4.400 €. Dieser Ländervergleich zeigt: Für eine spürbare Verbesserung für die Kliniken in unserem Land muss sich diese Landesregierung mehr einfallen lassen, und zwar auch mehr als nur die alte Forderung nach einer Teilmonistik.

Wenn Sie als Gesundheitsministerin vom Finanzminister keine ausreichenden Investitionsmittel bekommen, wollen Sie die Verantwortung auf die Krankenkassen schieben, aber dennoch die gleichen Entscheidungskompetenzen in der Krankenhausplanung behalten.

(Widerspruch von Ministerin Barbara Steffens)

Damit werden Sie aber nur die Beitragszahler und vor allem die Arbeitnehmer zukünftig belasten, wenn diese auch noch die Mittel für die Investitionen aufbringen müssen.

Noch ein paar Worte zum Antrag der Piraten: Sicher verfolgen Sie ein wichtiges Ziel mit der Forderung nach einem Investitionsprogramm für die digitale Infrastruktur. Wir haben im Ausschuss ausführlich über die Hackerangriffe auf Kliniken in Nordrhein-Westfalen und den zusätzlichen Investitionsbedarf bei der IT-Infrastruktur diskutiert. Das ist aus unserer Sicht ein weiterer Aspekt des bestehenden Investitionsstaus und der erforderlichen Anstrengungen zur Steigerung der Landesförderung.

Ihr Antrag bleibt aber unseriös, wenn Sie hier keinen konkreten Haushaltsantrag und keine Gegenfinanzierung vorlegen. Deshalb können wir diesen Antrag auch nur ablehnen.

(Beifall von der FDP)

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, ein besonderes Anliegen ist mir die Männer- und Jungengesundheit. Ich freue mich, dass Sie jetzt nach einigen Initiativen der FDP-Landtagsfraktion auch ein Programm für Jungengesundheit planen. Wir brauchen aber ein Konzept für eine gezielte Ansprache von Männern, um diese zu mehr Gesundheitsvorsorge zu motivieren.

(Beifall von der FDP)

Weiterhin halten wir die Finanzierung der Stiftung Wohlfahrtspflege für bedenklich. Sie wollen sowohl die Abführung aus der Spielbankabgabe als auch den Zuschuss aus allgemeinen Haushaltsmitteln erhöhen. Anstatt auf eine nachhaltige Sanierung der Spielbanken setzen Sie auf anwachsende Landes-

zuschüsse. Sie gehen hier ein erhebliches fiskalisches Risiko ein, wenn die Einnahmen der Spielbanken weiter sinken.

Zum Schluss komme ich zu einem Thema, das ich bei jeder Haushaltsberatung ansprechen muss, nämlich dem Patientenbeauftragten des Landes mit einem Haushaltsansatz von 400.000 €

(Daniel Düngel [PIRATEN]: Das kommt jetzt ganz überraschend!)

– Frau Steffens, das ist nicht lustig – für eine Einrichtung mit rund 1.300 Kontakten im letzten Jahr. Das bedeutet Kosten von rund 300 € für ein Telefonat, 300 € für einen Brief, 300 € für eine E-Mail.

Hinzu kommt eine bedenkliche Vertragskonstruktion. Während Ihr Kollege, Minister Schmeltzer, Initiativen zur Einschränkung von Werkverträgen fördert, setzen Sie hier bewusst auf einen derartigen Vertrag, ohne dass klar wird, was überhaupt das konkret abzuliefernde Werk bedeuten soll. Sie schreiben in Ihrer Antwort auf meine Kleine Anfrage unter anderem, seine Aufgabe sei die Unterrichtung des Landes über aktuelle Erkenntnisse und Entwicklungen. – Eigentlich müsste ein Ministerium so etwas selber leisten.

Dann wird oft noch die Vernetzung mit dem Besuch zahlreicher Veranstaltungen erwähnt. Das heißt: Da die Patienten in Nordrhein-Westfalen anscheinend den Patientenbeauftragten nicht brauchen, wird dieser also zum Eventhopper in der Gesundheitslandschaft.

Letztlich drängt sich mir der Verdacht auf, dass die Konstruktion eines Werkvertrages vor allem gewählt wurde, um das überdurchschnittlich hohe Honorar des Patientenbeauftragten darin einbinden zu können. Wir können jedenfalls auf diese Einrichtung verzichten – und die Bürger in diesem Land offensichtlich auch.

Die rot-grüne Haushaltspolitik setzt auch in der Gesundheitspolitik falsche Schwerpunkte. Wir können daher diesem Haushalt nicht zustimmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneider. – Für die Fraktion der Grünen spricht Herr Kollege Ünal.

Arif Ünal (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Der Landeshaushalt NRW wird auch im kommenden Jahr weitere deutliche Verbesserungen für die Finanzierung wichtiger gesundheits- und pflegepolitischer Maßnahmen vorsehen.

Wir stocken den Haushalt im Gesundheits- und Pflegebereich für das Jahr 2017 um weitere 60 Millionen € auf. 2017 haben wir alleine im Bereich der Pflege- und Altenpolitik 4,3 Millionen € mehr. Das heißt, dass wir insgesamt rund 78 Millionen € in den Aufgabenbereich Alten- und Pflegepolitik investieren. Hier steht insbesondere die Weiterentwicklung einer guten Pflege im Lebensumfeld der Menschen im Mittelpunkt. Deshalb werden wir die Entwicklung der Quartiere, in denen die Menschen leben, entsprechend stärken.

Die Altenpflegeausbildung ist erwähnt worden. Wir werden sie auf hohem Niveau weiterführen. Wir haben nun fast 18.000 Ausbildungsplätze in NRW. Seit dem Jahr 2010 haben wir diese Kapazitäten verdoppeln können. Alleine für die Altenpflegeausbildung gibt NRW 64 Millionen € aus. Kein anderes Bundesland ist in der Lage, in dieser Höhe die Altenpflegeausbildung zu finanzieren.

Für die Krankenhausfinanzierung haben wir in diesem Jahr den Ansatz für Investitionskosten und kurzfristige Anlagegüter um 16 Millionen € erhöhen können. Insgesamt haben wir im Haushalt 533 Millionen € für die Krankenhausfinanzierung vorgesehen. Wir wissen natürlich, dass diese Summe sicher hinter den Erwartungen der Krankenhausträger und der Krankenhausgesellschaft liegt. Aber in anderen Bundesländern ist es genauso. Kein einziges Bundesland ist in der Lage, den Investitionsstau, den wir seit Jahren in der Bundesrepublik insgesamt haben, aufzulösen. Deswegen muss man dafür sicherlich eine andere Lösung entwickeln.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, jedes zweite Kind macht im Laufe seines Lebens Erfahrungen mit Vernachlässigung, Misshandlung und Missbrauch. An den Folgen dieser Gewalt leiden diese Kinder lebenslang. Kinderschutzambulanzen in den Krankenhäusern helfen, die Zeichen von Misshandlungen und Missbrauch zu erkennen und richtige Maßnahmen einzuleiten. Deshalb haben wir jetzt in diesem Haushalt zur Förderung der Kinderschutzambulanzen 5,5 Millionen € für die entsprechende Unterstützung bereitgestellt. Das halte ich für eine sinnvolle Ergänzung unterschiedlicher Maßnahmen.

Wir verabschieden heute auch das PsychKG. Damit darf es aber keinen Stillstand bei der zeitgemäßen Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgung geben. Insbesondere die UN-Behindertenrechtskonvention zeigt uns auf, wie viel Handlungsbedarf in diesem Bereich besteht. Deswegen müssen wir die Psychiatrie in Richtung offener und sanfter Psychiatrie weiterentwickeln, auf ambulante Settings setzen und Wünsche der Patientinnen und Patienten in den Vordergrund stellen. Daher finanzieren wir in diesem Bereich auch den Ausbau der Krisenhilfe rund um die Uhr, auch am Wochenende. Das ist ein wichtiges Ziel. Dieses Ziel wollen wir mit dieser finanziellen Unterstützung erreichen.

Wir haben auch Angebote im gesundheitlichen Bereich weiter ausgebaut. Eines davon hat die Kollegin ja erwähnt, und zwar, dass wir die Krebsberatungsstellen finanzieren. Aber es muss unser Ziel sein, Krebsberatungsstellen in die Regelversorgung zu überführen.

Schließlich haben wir für die Information und Unterstützung geflüchteter Menschen die interkulturellen Gesundheitslotsinnen und -lotsen finanziert. Für die Integration der Menschen, die zu uns geflüchtet sind, sehe ich dies als eine sehr wichtig an.

Auch im Bereich der Drogen- und Suchtpolitik, zum Beispiel bei der Aidsprävention und -hilfe, bleiben wir bei unserer engagierten Politik, die bei dem Bedarf der Menschen und der einzelnen Zielgruppen ansetzt. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Ünäl. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Düngel.

Daniel Düngel (PIRATEN): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! NRW verschläft die Zukunft. NRW investiert nicht in die Infrastruktur unserer Krankenhäuser. NRW investiert nicht in die IT-Infrastruktur.

Ich könnte mich jetzt, wie es meine Vorrednerinnen und Vorredner teilweise getan haben, über mehr oder weniger kleine Fehlleistungen im Gesundheitsministerium auslassen, seien es die unabhängigen psychosozialen Krebsberatungsstellen, die offenbar nicht mit Landesmitteln gefördert werden sollen, oder die Mangelfinanzierung von Impfkampagnen und Hygienemaßnahmen, die wir in den letzten Jahren immer wieder angesprochen haben. Das spare ich mir an dieser Stelle. Denn ein zentrales Thema beschäftigt uns seit Monaten: Das ist selbstverständlich die Pflegesituation im Allgemeinen.

Speziell in Nordrhein-Westfalen kommt hinzu, dass vor einiger Zeit 30 Krankenhäuser von Kriminellen digital attackiert wurden. Die EDV-Systeme der Krankenhäuser wurden mit Computerviren infiziert. Die EDV ist ausgefallen, wurde heruntergefahren. In der Folge konnte nicht mehr auf Gesundheits- und Patientendaten zugegriffen werden. Es stand sogar eine Lösegeldforderung im Raum. Einige Krankenhäuser mussten sich dann zeitweilig von der Versorgung abmelden. Das heißt: Patienten mussten verlegt werden; geplante Operationen mussten verschoben werden.

Dafür tragen Sie als Gesundheitsministerin die Verantwortung, Frau Ministerin Steffens.

(Ministerin Barbara Steffens: Nein!)

– Aber was macht die Landesregierung? Nichts. Im besten Fall werden irgendwo runde Tische eingerichtet. Im schlechtesten Fall wird die Verantwortung in Richtung Bund, Kommune oder sonst wohin geschoben. Wofür übernimmt diese Landesregierung, wofür übernehmen Sie, Frau Ministerin Steffens, eigentlich einmal wirklich die Verantwortung?

Das zentrale Thema der Investitionskostenförderung der Krankenhäuser wird von Ihnen nach wie vor unter den Teppich gekehrt. Der Druck hingegen nimmt von allen Seiten zu. Krankenhäuser und Bedienstete schlagen Alarm, schreiben rote Zahlen und müssen vermehrt auf moderne IT verzichten.

Unsere hier im Hohen Haus durchgeführten Anhörungen, aber auch das Investitionsbarometer Nordrhein-Westfalen des RWI zeigen: NRW investiert zu wenig in seine Kliniken. Die medizinische Versorgung in den Kliniken hat sich in den vergangenen Jahrzehnten revolutioniert. Doch die Herausforderungen der Zukunft werden unterfinanzierte Kliniken nicht meistern können.

Was ist mit Ihrem eigenen Anspruch „MegaBits. MegaHerz. MegaStark“? Womöglich ist es hier so wie bei der Kanzlerkandidatur der SPD: Sie wissen vielleicht, wie Digitalisierung gelingen könnte. Dies sagen und dann entsprechend handeln wollen Sie allerdings nicht.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wie kann man solche Vorfälle vermeiden? Man muss in eine sichere Infrastruktur investieren. Man muss die Krankenhäuser handlungsfähig machen. Nicht nur multiresistente Keime, sondern auch multiresistente Computerviren haben in Krankenhäusern nichts zu suchen.

(Beifall von den PIRATEN)

Das Gesundheitsministerium sagt: Wir haben kein Geld; außerdem sind wir nicht zuständig. – Beides ist falsch, Frau Ministerin Steffens. Wir müssen das notwendige Geld zur Verfügung stellen. Natürlich ist es auch die Aufgabe des Landes, hier Unterstützung zu leisten.

Auch ausgewiesene Experten – ich habe die Anhörung eben schon angesprochen – bestätigen, dass weiter investiert werden muss. Zum Beispiel führt der IT-Sicherheitsexperte Florian Grunow aus:

„Das Sicherheitsniveau der meisten Geräte ist auf dem Stand der 80er- und 90er-Jahre.“

In einer von uns initiierten Anhörung wurde bestätigt, dass in vielen Krankenhäusern immer noch das mittlerweile 16 Jahre alte Windows XP genutzt wird. Das ist erschreckend. Unser Vorschlag, unsere Lösung ist ein Sonderinvestitionsprogramm über 600 Millionen €.

Wir brauchen ein flächendeckendes Datenschutzmanagementsystem. Das kostet ca. 100.000 € pro Krankenhaus. Für alle Krankenhäuser macht das rund 36 Millionen €. Wir brauchen Personalschulungen. Das sind noch einmal rund 50 Millionen €. Zu guter Letzt kommt die Hardware; das ist der größte Teil dabei. Mit geschätzten 1 bis 1,3 Millionen € pro Krankenhaus sind das etwa 300 bis 500 Millionen €. Das begründet die Forderung, die wir hier in unserem Antrag stellen.

Frau Kollegin Schneider, selbstverständlich wird es dazu in der dritten Lesung auch den entsprechenden Haushaltsänderungsantrag geben. Dann stellen wir unsere Haushaltsänderungsanträge im Gesamten noch einmal vor. Aber unser Antrag macht Ihnen nichts Falsches vor; wir haben die 600 Millionen € dort bereits ganz klar beziffert.

Wenn Sie nicht handeln, Frau Ministerin Steffens, und weiterhin Krankenhäuser angegriffen werden, dann könnte die Versorgung weiter eingeschränkt sein. Sie könnte vielleicht sogar in einem ganzen Regierungsbezirk gefährdet sein. Es könnten Daten nicht nur in Geiselhaft genommen, sondern auch veröffentlicht werden. Kriminelle könnten Zugriff auf medizinische Geräte erhalten und vielleicht Infusions- oder Insulinpumpen beeinflussen und fernsteuern. Um zu verstehen, was das bedeuten kann, muss man kein Spezialist für Agentenfilme sein.

In den letzten Tagen haben uns dann auch die Angriffe auf die IT der Telekom beschäftigt. Ich möchte am Ende meiner Rede den Chef der Telekom zitieren, der erklärt hat:

„Hört bei der Internet-Sicherheit auf eure Nerds und nicht auf eure Finanzchefs!“

Herr Höttges sagt hier und da schon mal etwas Kluges. Er hat sich zum Beispiel auch für ein bedingungsloses Grundeinkommen eingesetzt. Aber darauf will ich nicht weiter eingehen. Das ist schon die zweite kluge Aussage in letzter Zeit. Deswegen steht sie auch hier.

Schade ist allerdings, dass bei der Telekom offenbar nicht auf die Nerds gehört wurde. Sonst wäre es möglicherweise gar nicht zu diesem großen Angriff gekommen.

Die Nerds oder, wie wir sie eigentlich nennen sollten, die wirklichen IT-Profis, zum Beispiel Linus Neumann vom Chaos Computer Club, verstehen, was da passiert. Letzterer hat in einem Beitrag in der „Tageschau“ und auf einer Facebook-Seite mehr Kompetenz bewiesen als die Bundesregierung, viele Bundespolitiker mit unsinnigen Forderungen, das BSI und die Telekom mit ihrer vermeintlichen Aufklärung dieses Skandals, dieser IT-Sicherheitspanne, alle zusammen.

Sie, Frau Ministerin Steffens, haben noch die Möglichkeit, umzusteuern. Sie haben die Möglichkeit, auf die IT-Fachkräfte und auf die Experten zu hören. Oder Sie machen weiterhin die Augen zu und winken freundlich in Richtung Bund, Kommune oder wohin auch immer,

(Ministerin Barbara Steffens: Nein, Richtung Krankenhaus!)

wo gerade die Schuld zu suchen ist.

IT-Security in homöopathischen Dosen wird uns aber nicht helfen. Dann bleibt das Gesundheitssystem auch an dieser Stelle krank.

Nehmen Sie unsere Forderungen ernst. Die seit Jahren stagnierende Investitionskostenförderung der Landesregierung kann für die Gesundheit der Patientinnen und Patienten zu verheerenden Folgen führen. Starten Sie das von uns hier vorgeschlagene Sonderinvestitionsprogramm für IT-Sicherheit. Das ist aktuell. Das ist up to date. Damit sichern Sie Menschenleben. Schützen Sie unsere Krankenhäuser und unsere Patienten. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Düngel. – Für die Landesregierung spricht nun Frau Ministerin Steffens.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Düngel, ich will kurz auf das Thema der IT-Sicherheit eingehen; denn darauf haben Sie sich in Ihrer gesamten Rede zum Haushalt fokussiert.

Erstens. Zuständig für die IT im Krankenhaus ist – genau wie bei dem Beispiel der Telekom, das Sie eben gebracht haben – derjenige, der im Krankenhaus für die Finanzen zuständig ist. Das liegt in der alleinigen Zuständigkeit der Krankenhäuser, die die IT-Struktur selber planen und finanzieren müssen. Dafür bekommen sie sowohl die pauschalen Mittel zur Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter als auch den Anteil innerhalb der DRGs, um diese Dinge ersetzen zu können.

Wenn die Prioritätensetzung in Krankenhäusern so ist, dass sie mit verhältnismäßig alten Computern arbeiten, dann muss man ein solches Wirtschaftsunternehmen fragen, ob es ein solches Haus wirklich im Sinne der Wirtschaftlichkeit betreibt.

Es kann auch nicht sein, dass die Krankenhäuser, die ihr Geld prioritär für andere Bereiche einsetzen, dann am Ende des Tages zum Land sagen: Wir brauchen jetzt mehr für diesen Bereich. – Ich finde, das ist eine völlig falsche Herangehensweise.

Gerade im Bereich dieser kurzfristigen Anlagegüter sind die Mittel in den letzten Jahren aufgestockt worden. Wir haben hier mehr Geld in die Hand genommen. 2015 war es noch ein Plus von 24 Millionen €. In 2017 ist es ein Plus von 6 Millionen €. Wir haben eine mittelfristige Finanzplanung, in deren Rahmen regelmäßig jährlich 6 Millionen € draufkommen.

(Daniel Düngel [PIRATEN]: Das sind ja fast die 600 Millionen €, die wir brauchen!)

Da kann man nicht hingehen und sagen, das Land nehme hier kein Geld in die Hand. Das tun wir. Aber die Krankenhäuser müssen auch ihren Teil erbringen.

Ich will, da das Thema „Investitionsmittel im Krankenhaus“ einen großen Raum eingenommen hat, auch noch auf die Einlassung von Herrn Burkert eingehen. Herr Burkert, Sie stellen sich hierhin und sagen, die Krankenhäuser müssten Pflegekräfte entlassen und hätten kein Geld dafür, weil das Land wenig investive Mittel zur Verfügung stelle. Ich habe für das Land Nordrhein-Westfalen bzw. für die SPD-Länder in der Bund-Länder-AG Krankenhaus bei Herrn Gröhe sitzen dürfen. Wir haben gemeinsam mit dem Bundesland Niedersachsen heftig dafür gestritten, dass im Bereich der DRGs, der nämlich genau das Geld für die Pflegekräfte enthält, mehr Geld für Nordrhein-Westfalen bereitgestellt wird. Wir haben bis zuletzt für die Erhöhung dieses Landesbasisfallwerts gestritten.

In diesem Jahr haben die Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen – das bekommen sie jährlich – über die Erhöhung des Landesbasisfallwerts 738 Millionen € mehr erhalten. Wenn sie 738 Millionen € mehr in ihren Haushalten haben, dann können Sie mir nicht erzählen, dass sie Pflegefachkräfte entlassen müssen. Sie könnten doppelt und dreimal so viele einstellen. Das ist also ein Argument, das an der Stelle wirklich nicht zählt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Trotzdem bin ich gerne bereit, darüber zu reden, wie das denn mit den investiven Mitteln ist und ob sie ausreichen. Es war schon zu Ihrer Zeit ein Problem, dass Nordrhein-Westfalen relativ weit hinten stand. Deswegen hatten Sie das immer im Wahlprogramm stehen. Sie haben es aber nicht umgesetzt. Wir haben zumindest einiges mehr an Geld in die Hand genommen. Aber die Summe, die im Moment in der öffentlichen Diskussion ist, nämlich 1,5 Milliarden € mehr, resultiert im Übrigen daraus, Frau Schneider, dass die Krankenhäuser im Osten über Jahre hinweg durch eine Teilmoneistik, nämlich mit Krankenkassenmitteln, aufgebaut worden sind.

Wenn wir also darüber reden, was denn Krankenhäuser mehr brauchen, dann versuchen Sie bitte, an dieser Stelle einmal ehrlich zu sein und sich zu überlegen, wie viel mehr Geld für Krankenhäuser Sie mit

Ihrer Fraktion wirklich für realistisch und für notwendig halten. Machen Sie ein solches Thema nicht zu einem platten, pauschalen Wahlkampfthema; denn es ist klar, dass diese Summe, die da gefordert wird, völlig unrealistisch ist. Sie hat nichts mit dem tatsächlichen Bedarf zu tun. Wir können auch nicht einfach so viel mehr Geld obendrauf packen.

Deswegen halte ich es für wichtig, sich hier wirklich im Detail damit auseinanderzusetzen. Wir tun das. Wir überlegen, ob es neben den pauschalen Fördermitteln, die wir im Krankenhausbereich bisher haben, eine dritte Säule geben muss, also ob wir wieder eine dritte Säule einführen müssen, mit der wir auch als Land steuern können. Das ist eine Diskussion, die ich gern mit dem Ausschuss führen würde. Aber einfach ein Mehr an Geld draufzupacken, egal in welchem Bereich, wird nichts nützen; denn das wird weder bei der IT ankommen noch da ankommen, wo wir im Interesse des Landes die Versorgungssicherheit sicherstellen wollen. Das wird uns nicht helfen.

Ich würde gerne noch auf zwei, drei andere Bereichen der Gesundheitspolitik eingehen. Das Erste ist: Wir haben in Nordrhein-Westfalen einen massiven Teil an Geld für den Bereich Telematik und Telemedizin eingesetzt, womit wir nicht nur die Infrastruktur in der Fläche im Land voranbringen, sondern womit wir auch die Qualität der Versorgung für Menschen in vielen Lebensbereichen verbessern. Ein Beispiel sei nur genannt. Wir versuchen, dass bei älteren Menschen in Pflegeheimen per zugeschaltetem Arzt kurzfristig, gerade an Wochenenden und in den Abendstunden, eine Diagnose gestellt werden kann, wodurch ihnen Krankenhausaufenthalte erspart werden können. Wir versuchen, die Kompetenz der Intensivmedizin von Universitätskliniken in die Fläche zu bringen.

Es gibt also viele Beispiele dafür, dass wir NRW mit dem Geld, das in diesem Haushalt drin ist, massiv voranbringen – in diesem Zusammenhang erinnere ich an das Gesundheitscluster – und dass wir eine Verbesserung nicht nur der Struktur, sondern auch der Qualität erreichen können.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen zahlreiche Bereiche – ich nenne nur das Landessuchtconcept und den Aktionsplan gegen Sucht sowie die HIV- und AIDS-Prävention; heute am Welt-AIDS-Tag

(Daniel Düngel [PIRATEN]: Morgen!)

findet im Foyer des Landtags auch wieder die Ausstellung der Aidshilfe NRW statt –, in denen wir viel hervorragende, gute und qualitative Arbeit mit unterstützen und im Interesse der Bevölkerung voranbringen. Alles das negieren Sie an dieser Stelle.

Mein letzter Punkt im Bereich der Krankenhäuser ist, weil auch das von Ihnen immer wieder als Leier durch das Parlament getragen wird, der Kranken-

hausplan. Ja, der Krankenhausplan wird vor Ort diskutiert. Da gibt es Planungskonferenzen. Ich komme gerne noch einmal zu Ihnen in die Fraktion und erkläre in Ihrem Arbeitskreis, wie schwerfällig dieses Planungskonzept funktioniert.

Bei Ihnen in der Region ist der Antrag der Krankenkassen gestellt worden. Bei uns im Ministerium liegt noch nichts vor. Vielleicht könnten Sie als Abgeordneter in der Region die Akteure noch einmal ermuntern und ermutigen, sich schneller mit dem Thema zu befassen; denn wir können da keinen Druck machen. Die Krankenhausplanung steht und fällt damit, dass die Akteure auch ihre Hausaufgaben machen und ihre Anträge schreiben.

Was die Alten- und Pflegepolitik angeht, will ich auch da gar nicht auf alle Punkte eingehen, die genannt worden sind und die nicht haushaltsrelevant sind. Klar ist: Wir haben durch die Einführung der Umlage und eine massive Aufstockung der Umlage in Nordrhein-Westfalen mittlerweile Altenpflegefachkräfte in einer Zahl, wie sie in keinem anderen Bundesland vorhanden ist. Wir sind bei fast 18.000 Schülern und Schülerinnen, die wir mit Landesmitteln fördern. Das ist vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung auch notwendig.

Auch an dieser Stelle kann ich nur Folgendes sagen, Herr Burkert: Eine Generalistik ist nicht gleich einer Generalistik. Das, was momentan im Bund nach wie vor auf dem Tisch liegt, ist eine Generalistik, mit der wir 7.000 Auszubildende in Nordrhein-Westfalen wieder verlieren würden.

Gott sei Dank hat das auch ein Teil der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag begriffen. Gott sei Dank stehen da auch die Arbeitgeberverbände mit uns Seite an Seite. Sie sagen nämlich genauso, wie wir es ursprünglich diskutiert haben: Wenn wir ein System brauchen, dann ein solches, das keinen Wertschöpfungsanteil enthält. – Wir brauchen ein System, in dem wir die Kompetenzen der einzelnen Berufe erhalten; denn die Schüler und Schülerinnen entscheiden sich sehr bewusst, in welchen Bereich sie gehen. Dazu gibt es im Bund noch eine intensive Diskussion. Wie gesagt, erlebe ich dort Ihre Fraktion innovativer, als das hier der Fall ist.

Im Bereich der Pflege nehmen wir in Nordrhein Westfalen nicht nur bei der Ausbildung eine starke Führungsrolle ein, sondern mit unserer Quartiersentwicklung gerade auch in der Frage der Struktur des Lebens für Menschen im Alter. Auch mit diesem Haushaltsplan sind wir wieder dabei, unsere Quartiere zu verstetigen. 56 Modellquartiere werden in Nordrhein Westfalen entwickelt. Wir werden dieses Thema auch weiter voranbringen und werden die Quartiersentwicklung so weit stärken, wie das mit den Ressourcen möglich ist.

Allerletzter Punkt: Frau Schneider, weil Ihr Running Gag mit dem Patientenbeauftragten hier immer wieder kommt, möchte ich noch kurz darauf eingehen. Das Geld, das drinsteht, ist analog zur Besoldungsgruppe B2. In der Gesamtsumme sind auch die Sach- und Reisekosten sowie die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen enthalten.

Die Aufgabe des Patientenbeauftragten ist es, Patienteninteressen an allen Stellen in diesem Land mit voranzubringen. Ich bin froh, dass zum Beispiel im Bereich der Telemedizin und Telematik unser Patientenbeauftragter die Diskurse mit den Unternehmen führt, damit die Patienteninteressen in den Produktentwicklungen und in den Konzeptentwicklungen von Anfang an mit berücksichtigt sind.

Sie können sich vielleicht doch einmal inhaltlich damit auseinandersetzen, statt immer wieder dieselben Parolen zu bringen; denn die nützen nichts. Das, was Sie hier immer beklagen, hat nichts mit der vielfältigen Funktion und Aufgabe des Patientenbeauftragten zu tun. Er hat im Land ein hohes Standing in der Szene, sowohl im Gesundheitsbereich als auch bei den Patienten und Patientinnen. Das werden wir auch weiterhin stärken und stützen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Steffens. – Nach der Ministerin hat nun die CDU-Fraktion das Wort. Es spricht Frau van Dinther.

Regina van Dinther (CDU): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei den Themenfeldern, die im Haushalt für Gleichstellungspolitik abgebildet sind, handelt es sich in der Mehrheit um Themen, die eine eindeutige und einhellige Haltung der Fraktionen dieses Hauses erfordern.

Gemeinsam ächten wir deshalb seit Jahren Themen wie Gewalt gegen Schutzlose; meistens sind Frauen und Kinder die Betroffenen. Wir stellen uns gegen Zwangsverheiratung und Menschenhandel und wollen vor Zwangsprostitution und Zwangsbeschneidung Schutz bieten. Wir wenden uns gemeinsam gegen die Diskriminierung von Minderheiten und haben viel dafür getan, die unterschiedliche sexuelle Orientierung der Menschen in allen Lebensbereichen diskriminierungsfrei zu stellen. Wir möchten mehr Geschlechtergerechtigkeit und diskutieren über umfangreiche Kataloge von Maßnahmen, um die immer noch große Lücke der Beteiligung von Frauen, zum Beispiel in Führungspositionen, zu schließen.

Einige gemeinsame Initiativen sind uns auch gelungen. Sie sind als Zeichen nach außen sehr wichtig. Die CDU trägt durchaus auch Initiativen in diesem Politikfeld der Regierung mit, zum Beispiel den Runden Tisch Prostitution.

Dennoch möchte ich auch ein paar unterschiedliche Blickwinkel aufzeigen und eine Mahnung aussprechen. Über ein besseres Instrumentarium im Landesgleichstellungsgesetz sprechen wir gleich noch. Deshalb gehe ich jetzt nicht darauf ein. Ich möchte aber auf eine Fehlsteuerung im Bereich Geschlechtergerechtigkeit hinweisen.

Häusliche Gewalt richtet sich zum größten Teil gegen Frauen. Da verfügt Nordrhein-Westfalen über ein sehr großes und gutes Hilfsnetzwerk. Aber die neuesten Studien zeigen, dass 20 % der Opfer – auch der Opfer körperlicher Gewalt – tatsächlich Männer sind. Für sie gibt es in Nordrhein-Westfalen leider keinerlei Hilfe. Wir verfügen weder über eine Beratungsstelle noch über eine Obhut. Glauben Sie denn wirklich an das Märchen vom starken Geschlecht? Ich nicht. Wir wollen eine Weiterentwicklung erreichen. Unser Blick sollte sich daher durchaus auch auf weitere Hemmnisse bei Jungen und Männern richten.

Dann möchte ich einen Satz zur Silvesternacht sagen. Das ist wirklich eine Katastrophe gewesen. Denn hier hat der Rechtsstaat nicht funktioniert. Leider waren nicht alle bereit, das auch so offen zu sagen. Dieser Tag hat die AfD und andere Konsorten gefüttert. Wir sollten uns alle hier einheitlich aufstellen, weil so etwas nicht wieder passieren darf.

(Beifall von der CDU)

Genauso suchen diese Leute akribisch danach, was von unserem politischen Handeln sie in die Lächerlichkeit ziehen können. Da finden sie leider zu viel. Deshalb möchte ich sehr gerne den Appell an dieses Haus richten, dass alles, was vor allen Dingen in unserem Politikfeld passiert, sehr deutlich daraufhin überprüft werden muss, ob Otto Normalverbraucher es verstehen kann, also ob das, was wir machen, draußen wirklich verständlich ist, damit wir nicht die Falschen bedienen.

Meine Damen und Herren, aus meinen Worten schließen Sie zu Recht, dass wir sehr häufig Übereinstimmungen haben. Trotzdem lehnen wir den Haushalt ab, weil das Land verantwortungsvolle Finanzpolitik bräuchte und wir das in dem Gesamthaushalt nicht feststellen können. Wir machen dazu unsere Vorschläge. Deshalb werden Sie nächste Woche mehr von uns hören. – Danke schön.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau van Dinther. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Frau Kopp-Herr.

Regina Kopp-Herr (SPD): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestern Abend hatte der Arbeitskreis der SPD-Landtagsfraktion Frauen, Gleichstellung und Emanzipation zu

einem Landtagstalk „Frauen und Digitalisierung“ eingeladen. Frau Prof. Schwarze, Vorsitzende des Trägervereins des Kompetenzzentrums Technik, Diversity und Chancengleichheit, referierte zum Thema „Frauen und Digitalisierung“.

Ein erstes, ganz knappes Fazit des Abends lautet: Frauen kommen in der digitalen Welt bislang nur wenig vor. Die digitale Kompetenzentwicklung für Frauen ist unbedingt nötig. Dazu benötigen die Frauen die entsprechenden Angebote.

Deshalb ist es richtig, hier einen Schwerpunkt des Emanzipationsbereichs zu setzen, denn es wäre sowohl für die persönliche wie auch für die berufliche Entwicklung der Frauen fatal, das Potenzial der Frauen unbeachtet zu lassen. Bei Letzterem können die „Kompetenzzentren Frau und Beruf“ eine wichtige Rolle übernehmen, denn sie haben sowohl die beruflichen Chancen von Frauen wie auch die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, besonders der kleinen und mittelständischen Unternehmen, im Blick.

In meiner Region, Ostwestfalen-Lippe, einer wirtschaftlich starken Region, ist das von herausragender Bedeutung, denn dort gibt es viele großartige familiengeführte mittelständische Unternehmen, die sich seit Längerem darüber im Klaren sind, dass die Potenziale von Frauen nicht abseits des Weges liegen bleiben dürfen. Für die Kompetenzzentren sind 3 Millionen € im Haushalt eingestellt; darüber hinaus werden sie über EFRE-Mittel und über einen Eigenanteil von Kommunen und Kreisen gefördert.

Ein weiterer Schwerpunkt im Haushalt – bei Frau van Dinther ist es gerade angekommen – ist und bleibt die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Das ist ein sehr wesentlicher Punkt, denn uns allen ist bewusst, dass Formen der Gewalt in hohem Maße zu psychischen Folgebeschwerden und darüber hinaus zu einer Veränderung der Lebensbezüge von Gewalt betroffener Frauen führen.

Ich will jetzt nicht weiter darauf eingehen, dass Sie auch die Männer angesprochen haben. Männer werden auch Opfer von Gewalt; ob die von Ihnen vorgebrachten Zahlen so stimmen, werde ich nachschauen. Aber eins stimmt nicht, Frau van Dinther: Es gibt eine Beratungsstelle für von Gewalt betroffene Männer, zumindest in Bezug auf meine Heimatstadt Bielefeld kann ich das sagen. Dort gibt es die Beratungsstelle „man-o-mann“. Im Januar habe ich dort einen Termin. Vielleicht bekommen wir eine Abstimmung hin, Sie dürfen mich gerne dorthin begleiten. Ich lade Sie jedenfalls dazu ein.

Ich möchte noch einmal auf die Frauen zurückkommen. Eine nötige und selbstverständliche Gegenmaßnahme ist natürlich die Förderung von Frauenhäusern. Ich erinnere daran, dass wir von Rot-Grün die vierte Frauenhausstelle wieder eingeführt haben.

Zu den Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen zählen die anonyme Spurensicherung, Frauenberatungsstellen, aber auch – ein aktueller Bereich im Haushalt – die Emanzipation, die Förderung der Beratung und die Unterstützung traumatisierter weiblicher Flüchtlinge mit 1,75 Millionen € im Jahr. Insgesamt stehen für Schutz und Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen 22,7 Millionen € im Haushalt.

Zum Bereich „Emanzipation“ gehört auch die Förderung der Politik für LSBTTI-Menschen – ein wesentlicher Schwerpunkt unserer Emanzipationspolitik seit 2010. Der Aktionsplan gegen Homophobie und seine Fortschreibung zeigt auf, dass es uns seitens Rot-Grün ein wesentliches Anliegen ist, die Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt zu erreichen. Damit beschreiben wir das Ziel, während der Aktionsplan die nötigen Schritte aufzeigt. Im Bereich LSBTTI sind die Vereine und Verbände wichtige Partner, die in Bezug auf Selbsthilfe, Coming-out-Arbeit und Beratung von Diskriminierungsopfern ausgesprochen wertvolle Arbeit leisten, die unsere Anerkennung und unseren Dank verdient. Diese Arbeit wollen wir unterstützen und stärken. Deshalb stehen für diesen Bereich 1,2 Millionen € im Haushalt.

Zusammengefasst: Jeder Euro aus dem Einzelplan 15 für den Bereich Emanzipation 2017 – nur für diesen Bereich spreche ich hier – ist gut investiertes Geld in die Förderung der beruflichen Chancen von Frauen, in die Bekämpfung der unterschiedlichen Gewaltformen gegen Frauen und die Arbeit für die Akzeptanz und Gleichstellung von Menschen mit LSBTTI-Hintergrund. Der Haushalt zeigt die Haltung der rot-grünen Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen in diesem Politikfeld: Gleichstellungspolitik ist auch immer Gesellschaftspolitik. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und Matthi Bolte [GRÜNE])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kopp-Herr. – Und nun hat die FDP-Fraktion das Wort. Es spricht Frau Schneider.

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Gerade eben wurde schon das Thema „Flüchtlinge“ kurz angesprochen. Natürlich ist der Schutz und die Hilfe traumatisierter Flüchtlinge eine wichtige Aufgabe, die uns noch länger beschäftigen wird. Aber ich möchte darauf hinweisen, dass nicht nur Frauen traumatisiert sind, sondern auch geflüchtete Männer und geflüchtete Kinder. Das Ganze betrifft Frauen und Mädchen genauso wie Männer und Jungen.

Es muss im Vordergrund stehen, dass die Geflüchteten ein Dach über dem Kopf haben und in Sicherheit leben können. Die psychologische Betreuung ist dann der zweite Schritt, denn Sie rufen ja auch nicht erst den Maler an und dann den Maurer, wenn Sie ein Haus bauen. Bei der psychologischen Betreuung gibt es auch in NRW immer noch eine akute Unterversorgung. Die Forderung ist also schön, aber wir müssen sie dann auch umsetzen können.

Den besonderen Schutz von Frauen und Mädchen haben wir Freien Demokraten mit unserem Antrag zu den Kinderehen in den Vordergrund gestellt. Jedes Mädchen hat ein Recht auf Kindheit, auf Bildung und auf freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit.

(Beifall von der FDP)

Deswegen ist es Aufgabe der Politik, wachsam zu sein und zu verhindern, dass sie nicht als Kinderbräute ihrer Chancen beraubt werden. Leider hat Justizminister Heiko Maas mit seinem ewigen Hin und Her in Bezug auf dieses Thema weder unserem Land noch den Betroffenen einen Gefallen getan. Erst will er sich für ein Verbot von Kinderehen einsetzen, dann macht er einen Rückzieher, jetzt fordert er wieder eine Gesetzesverschärfung. Auch hier würde ich mir von unserer Landesregierung etwas mehr Druck in Richtung Bund wünschen.

(Beifall von der FDP)

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, der Fachbereich Gleichstellung beinhaltet nicht nur die Gleichstellung von Frauen und Mädchen, sondern auch die der Jungen und Männer. Das ist zumindest die Haltung der FDP-Fraktion. Deshalb setzen wir uns auch ganz konkret für dieses von Ihnen vernachlässigte Geschlecht ein. Ich war ja schon ganz erfreut, dass bei einigen Vorrednerinnen heute die Wörter „Jungen“ und „Männer“ über die Lippen kamen, ohne diesen angewiderten Ausdruck im Gesicht zu haben.

(Ministerin Barbara Steffens: Ach, Frau Schneider!)

Immerhin besteht die Hälfte der Einwohner unseres Landes aus Jungen und Männern. Ich freue mich, dass unsere langjährige Forderung nach einer angemessenen Jungen- und Männerförderung nun endlich erste Früchte trägt, wobei das Wort „Früchte“ wahrscheinlich übertrieben ist. Ich erfreue mich zumindest mal an diesen winzigen Knospen.

(Beifall von der FDP – Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Es verursacht Schmerzen, Ihnen zuzuhören!)

Es ist gut, dass Sie im kommenden Jahr eine Förderung der Jugendhilfe in Höhe von 80.000 € auf den Weg bringen wollen. Leider bleibt es bei dieser Symbolmaßnahme. Ein Gesamtkonzept zur Jungen- und Männerförderung wird es weiterhin nicht geben. Sie

übersehen leider immer wieder, dass wir eine Überwindung tradierte Rollenbilder nicht erreichen, wenn wir nur Frauen und Mädchen ansprechen. Sie dürfen Jungen und Männer nicht zurücklassen, Sie müssen sie mitnehmen.

Frau Ministerin Steffens, Sie haben sich für dieses letzte Regierungsjahr viele Themen aufgespart. Sie wollten beispielweise das Landesgleichstellungsgesetz novellieren. Aber statt aus den unzähligen Klagen der Beamten wegen des Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes zu lernen, sollen diese Ungerechtigkeiten jetzt bei den Angestellten wiederholt werden. Ich prophezeie Ihnen, Frau Ministerin: Unter dem Weihnachtsbaum haben Sie in diesem Jahr die nächste Klagewelle liegen.

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, die flächendeckende Einführung einer anonymen Spurensicherung in Nordrhein-Westfalen ist eines meiner Herzensanliegen. Ich bin enttäuscht, dass eine flächendeckende Einführung von Rot-Grün als Fernziel deklariert worden ist. Nach wie vor sind keine landesweiten Standards für eine flächendeckende Einführung vorhanden.

Im Bereich „Gewalt gegen Frauen und Mädchen“ handeln und kämpfen wir hier im Landtag fraktionsübergreifend. Das ist wichtig und muss auch künftig in dieser Form fortgesetzt werden. Trotzdem ist der Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen erst mit einjähriger Verspätung veröffentlicht worden.

Auch wenn Sie, Frau Ministerin Steffens, es noch so schön als einen Aktionsplan mit dynamischem Prozess verkaufen wollen, so handelt es sich nach wie vor nicht um einen zukunftsweisenden Handlungsplan, sondern lediglich um einen Sachstandsbericht. Wie ich bereits im Ausschuss erwähnt habe, ist das doch ziemlich unbefriedigend.

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, auch wenn hier zarte Knospen einer vernünftigen Gleichstellungspolitik erkennbar sind, überwiegt in diesem Haushaltsstrauch doch das ideologische Unkraut. Daher kann die FDP-Fraktion diesem Haushalt nicht zustimmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Schneider. – Für die grüne Fraktion spricht nun Frau Kollegin Paul.

Josefine Paul (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Wenn das eigene Zuhause nicht sicher ist“ – unter diesem Titel stellten BKA-Präsident Holger Münch und Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig in der vergangenen Woche eine Studie zur Gewalt in Paarbeziehungen vor.

127.457 Personen sind nach Auswertung polizeilicher Daten in Deutschland Opfer von Mord und Totschlag, Körperverletzung, Vergewaltigung, sexueller Nötigung, Bedrohung und Stalking durch Partner oder Ex-Partner, in selteneren, aber durchaus vorhandenen Fällen auch durch Partnerinnen oder Ex-Partnerinnen geworden.

Zu unterstreichen ist allerdings, dass 82 % der Opfer häuslicher und partnerschaftlicher Gewalt Frauen sind. Das Dunkelfeld in diesem Bereich ist hoch, denn oft ist es gerade die besondere soziale Nähe von Opfern und Tätern, die Opfern das Gefühl vermitteln, der Situation ausgeliefert zu sein.

Viele Frauen sehen ihre Lage gar als ausweglos an. Diesen Frauen und ihren Kindern einen Ausweg aus der Gewalt zu ermöglichen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Alle Vorrednerinnen haben bereits deutlich gemacht, dass wir das auch als gesamtpolitische Verantwortung anerkennen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das eigene Zuhause sollte Frauen und ihren Kindern einen Schutzraum bieten. Ist dieser Schutzraum durch häusliche Gewalt zerstört, brauchen diese Frauen und ihre Kinder andere Räume, um Schutz und Unterstützung zu bekommen.

Die rot-grüne Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen wissen um die große Verantwortung, die wir alle gemeinsam für die Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt haben. Nicht zuletzt deshalb haben wir die Mittel für den Bereich Emanzipation seit 2010 verdoppelt. Wir haben nicht nur die vierte Frauenhausstelle wieder eingerichtet, wir haben auch Mittel bereitgestellt, um insbesondere Kinder in den Frauenhäusern besser zu unterstützen, denn vor allem für sie ist häusliche Gewalt eine sehr belastende Situation.

Darüber hinaus haben wir Mittel bereitgestellt, um mit den Frauenhäusern gemeinsam Konzepte weiterzuentwickeln, die nicht nur auf den unmittelbaren Schutz der von Gewalt Betroffenen zielt, sondern den von Gewalt betroffenen Frauen auch Perspektiven für ein Leben ohne Gewalt aufzeigt. Diese Modelle des sogenannten Second Stage sollen Frauen und ihren Kindern dabei helfen, Wege in ein selbstständiges Leben ohne Gewalt zu gehen.

Da ich Bundesfrauenministerin Schwesig eingangs angesprochen habe, will ich aber auch noch einmal betonen: Der Bund ist nicht nur gefragt, wenn es um das Erstellen und Präsentieren von Studien geht, der Bund ist auch gefragt, wenn es um die finanzielle Absicherung von Frauenhäusern geht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Gewalt ist aber leider auch ein Phänomen, mit dem Mädchen und Frauen sich potenziell überall konfrontiert sehen, ob

bei der Arbeit, im öffentlichen Raum oder aber auch im Internet. Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist alltäglich, und auch die Auseinandersetzung damit darf nicht auf Tage wie den 25.11., den Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen, beschränkt bleiben, sondern muss genauso alltäglich sein.

Mit dem Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen, den Frau Schneider gerade als unambitioniertes Sammelsurium aus bereits Bestehendem bezeichnet hat, der in einem breiten Beteiligungsprozess entstanden ist – das wischen Sie mit Ihrer Kritik einfach weg; das drückt auch eindeutig Ihre fehlende Wertschätzung für diejenigen aus, die daran mitgearbeitet haben –,

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: So ist es!)

werden die Landesregierung und die daran mitarbeitenden Organisationen dem Motto gerecht, dass der Kampf gegen Gewalt eine Querschnittsaufgabe und eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung ist. Dieser Verantwortung trägt der Plan Rechnung, und das ist auch richtig so.

(Beifall von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein anderer Bereich, der noch als ein wenig defizitär zu bezeichnen ist, ist der der Gleichstellung im beruflichen Spektrum.

Der Gleichstellungsbericht des Weltwirtschaftsforums hat Deutschland ein – freundlich formuliert – durchwachsenes Zeugnis bei der Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern ausgestellt.

Bei der Entgeltgleichheit und der Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt bleibt nach wie vor einiges zu tun. Frau Schneider, ich habe eigentlich vermisst, dass Sie in diesem Jahr wieder die Kompetenzzentren zur Disposition stellen.

(Susanne Schneider [FDP]: Oh!)

– Ja, keine Enttäuschung. Ich mache das jetzt einfach: Selbst wenn Sie das nicht zur Kenntnis nehmen wollen, haben wir mit den 16 landesweiten Kompetenzzentren eine wichtige Struktur wieder eingerichtet, die insbesondere im Bereich der KMU dabei unterstützen soll, eine frauenfördernde Personalpolitik umzusetzen. Gleichstellung und Chancengleichheit fallen eben nicht vom Himmel, auch wenn Sie das vielleicht nach wie vor denken. Viele Betriebe wissen aber, dass Chancengleichheit nicht vom Himmel fällt, und deshalb nehmen sie die Unterstützung durch die Kompetenzzentren auch gerne an.

(Beifall von den GRÜNEN)

Doch Chancengleichheit – das haben Sie zu Recht gesagt – beginnt nicht erst beim Eintritt in den Beruf, sondern schon bei der Berufswahl und bei der Be-

rufswahlorientierung. Auch hier zeigt sich: Klassische Rollenstereotype prägen auch weiterhin das Berufswahlverhalten von Mädchen und Jungen.

Mit dem Projekt „Genderkompetent.NRW“ wird ein wichtiger Beitrag dazu geleistet, gendersensible Berufswahlorientierung voranzutreiben. Das, Frau Schneider, kommt nicht nur Mädchen, sondern vor allem auch den Jungen zugute.

In diesem Haushalt – Frau Kopp-Herr hat das bereits angesprochen – reden wir auch über die Emanzipation und die Gleichstellung von LSBTTI. Homo- und Transphobie sind auch weiterhin aktuelle Herausforderungen, wenn es um den Kampf für die offene Gesellschaft geht. Der Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie und dessen Fortschreibung bilden auch weiterhin die Blaupause für mehr Akzeptanz bei sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in NRW.

Ich bin besonders froh, dass es in diesem Jahr endlich gelungen ist, mit dem „Netzwerk Geschlechtliche Vielfalt Trans* NRW“ auch eine Vernetzung für die Trans*menschen in diesem Land auf den Weg zu bringen. Diese Vernetzung und Koordinierung der Trans*selbsthilfe wurde auch mit Mitteln aus diesem Haushalt unterstützt. Das ist ein ganz wichtiges Signal für eine Gruppe, die ansonsten nach wie vor sehr stark marginalisiert ist.

Rundum bleibt festzuhalten, Frau Schneider: Dieser Haushaltsplan ist kein ideologisches Unkraut, wie Sie ihn hier bezeichnet haben, sondern mit diesem Haushaltsplanentwurf übernimmt NRW auch finanziell Verantwortung für die Gleichstellung von Frauen und Mädchen, aber auch Jungen und Männern und die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Paul. – Für die Piratenfraktion hat Herr Olejak das Wort.

Marc Olejak (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuschauerinnen und Zuschauer! Vielen Dank erst einmal für die grundlegenden Erläuterungen hier in aller Kürze der positiven Aspekte des anstehenden Haushaltsplans für den Bereich der Gleichstellung und auch – sehr, sehr wichtig – den Bereich LSBTTI.

In diesem Zusammenhang ist mir etwas zu oft gerade der Aspekt „Opfer“ erwähnt worden. Immer nur dieses Negative so stark hervorzuheben, halte ich nicht wirklich für zielführend. Es eventuell als ideologischen Unsinn abzuwerten, ist auch nicht wirklich zielführend. Sie könnten es gerne als ideologisch bezeichnen, wenn dieser Haushaltsplan – wie es in anderen Bundesländern schon der Fall ist – zum Bei-

spiel unter den Aspekten des reinen Gender-Budgeting stünde. Dies ist in Nordrhein-Westfalen leider noch nicht der Fall. Also bis dahin können Sie diese Floskel gerne noch einmal beiseitelegen.

Die positiven Aspekte überwiegen tatsächlich die negativen Aspekte in diesem Haushaltsentwurf. Gleichwohl gibt es einen grundsätzlichen Problempunkt, der immer wieder angesprochen wird, auch von den Vertreterinnen und Vertretern der Frauenhäuser. Es fehlt auch aus unserer Sicht – und seit Jahren führen wir das hier an – die sogenannte Regelfinanzierung. Jahr für Jahr müssen die entsprechenden Gelder neu beantragt werden. Unabhängig von der Frage, ob wir dies für gesamte Familien Betroffener machen, also mit Kindern von Gewaltopfern, in der Regel Frauen – die Stelle in Bielefeld für Männer ist ja auch schon erwähnt worden –, sollte dies regelmäßig finanziert sein und nicht immer nur auf Antrag.

Zudem würde ich zur Opferbetreuung noch einen Vorschlag machen. Wir haben demnächst ein Sachverständigengespräch in dem Zusammenhang, gerade mit Bezug auf langfristige Opferbetreuung. Ich persönlich würde mir wünschen – auch für eine kommende Legislatur –, dass dieses Thema nicht untergeht, sondern vielleicht zukünftig da angesiedelt wird, wo es meines Erachtens hingehört und auch in Bayern und Sachsen-Anhalt bereits aufgehängt ist, nämlich – dies für Sie als Denksportaufgabe – an der neutralsten Stelle aus Sicht dieser Länder, und diese ist das Justizministerium. Dort sollte auch aus meiner persönlichen Sicht der gesamte Haushaltsbereich und das gesamte Ressort der Gleichstellung zukünftig angesiedelt werden.

Vielen Dank so weit. Einen schönen Tag noch!

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Olejak. – Für die Landesregierung hat noch einmal Frau Ministerin Steffens das Wort.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Herr Kollege! Meine Damen und Herren! Frau Schneider, zu sagen, das sei ideologisches Unkraut, das ist, wenn man sich anguckt, dass der größte Teil dieses Haushalts in den Bereich Gewaltschutz fällt – und das nach Diskussionen, die auch hier in diesem Plenum lang und breit geführt worden sind –, wie ich finde, schon harter Tobak. Das ist eine klare Aussage, wo Sie eigentlich frauenpolitisch stehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zweiter Punkt, in Richtung CDU-Fraktion: Frau van Dinther, ich finde es schön, dass Sie immer wieder betonen, dass wir im Frauenausschuss sehr viel Konsens haben. Ja, das haben wir. Das finde ich gut. Aber gerade beim Gewaltschutz, wo Ihrer Aussage

nach Konsens besteht, haben Sie in den letzten Jahren, seit wir damit begonnen haben, die Haushaltskürzungen mit der vierten Frauenhausstelle rückgängig zu machen, seit wir angefangen haben, die Infrastruktur zu stabilisieren, nicht ein einziges Mal dem Haushalt, diesem Einzelplan zugestimmt. Ich finde es schon fatal, zu sagen: Wir sind zwar einer Meinung, aber Geld für das, was Sie alles machen und umsetzen, sind wir als CDU-Fraktion nicht bereit auszugeben. – Das ist eine nicht klare und nicht deutliche Position. Dann müssten Sie wenigstens diesem Einzelplan zustimmen.

Zu den anderen Schwerpunkten ist schon viel gesagt worden. Neben dem Gewaltschutz sind das die digitale Gesellschaft und gerade die Frage von Gewalt im Netz und von Strategien zum Onlinefeminismus, wie wir diese Bereiche miteinander vernetzen. Das ist wichtig. Wir müssen gerade hier unsere Strukturen vor Ort stärken und auch Schutz- und Hilfesysteme mit Onlineberatung qualifizieren. Das ist die Aufgabe des Kompetenzzentrums Frau und Beruf, wo wir gerade Unterstützung auch von kleinen und mittleren Unternehmen in frauenfördernder Personalpolitik brauchen, als weiterer Schwerpunkt.

Der Bereich der geschlechterbezogenen Gesundheitspolitik ist auch ein wichtiger Bereich, in dem wir uns nicht erst, Frau Schneider, durch Ihre Initiativen, sondern schon vorher, als das noch in der Gesundheitsabteilung verankert war, mit der Gesundheitspolitik für Jungen und mit der Jungengesundheit beschäftigen.

Gewaltschutz: CDU und FDP haben das eben mehrfach angesprochen. Gewalt ist auch ein Thema von Männern. Deswegen haben wir mit unserem EFRE-Projekt versucht, auch Gewalt gegen Frauen und Gewalt gegen Männer zu erfassen. Aber die Strukturen, die Männer brauchen, werden andere sein und gerade welche, die nicht unbedingt in einem Frauenetat und in einem Frauenbereich verankert werden müssen.

Letzter Punkt: Homo- und Transphobie. Wir haben unseren Aktionsplan. Ich bin nach wie vor all den Akteuren im Land sehr dankbar dafür, dass sie den mit uns erarbeitet haben und unterstützt haben. Wir werden einen Schwerpunkt auch auf die Gruppe der Trans- und Intersexuellen legen müssen, weil sie im System noch mehr diskriminiert sind als alle anderen. Aber das heißt nicht, dass die anderen Bereiche hinten runterfallen. Wir werden das Maßnahmenpaket weiter umsetzen. Dieser Haushalt gibt uns dazu die Möglichkeit. – Danke.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Steffens. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit kommen wir zur **Abstimmung** erstens über den Einzelplan 15. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in **Drucksache 16/13515**, den **Einzelplan 15 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses** anzunehmen. Wer stimmt dem so zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und Piraten. Gibt es Enthaltungen? – Das sehe ich nicht. Fraktionslose Abgeordnete haben den Raum nicht betreten. Damit ist der Einzelplan 15 **in der zweiten Lesung angenommen**.

Wir stimmen zweitens über den **Antrag** der Piratenfraktion **Drucksache 16/13523** ab. Die antragstellende Piratenfraktion hat direkte Abstimmung beantragt. Wer also stimmt dem Inhalt des Antrags zu? – Die Fraktion der Piraten. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist der Antrag mit der breiten Mehrheit des Hohen Hauses bei Zustimmung der Piratenfraktion **abgelehnt**.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, möchte ich für das Protokoll das Ergebnis der vorhin durchgeführten Abstimmung über den Einzelplan 10 – Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz – noch mal deklaratorisch feststellen.

Der **Einzelplan 10** wurde entsprechend der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 16/13510** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und des fraktionslosen Abgeordneten Stüttgen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP und des fraktionslosen Abgeordneten Schwerd bei Enthaltung der Piratenfraktion **in der Fassung der Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses in zweiter Lesung angenommen**. – Das zu Protokoll.

Ich rufe auf:

**Einzelplan 02
Ministerpräsidentin und Staatskanzlei (Ministerpräsidentin und Staatskanzlei, Landesplanung, Europa und Eine Welt, Medien)**

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/13502

Ich eröffne die Aussprache. Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Jostmeier das Wort.

Werner Jostmeier (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Wir behandeln nun den Einzelplan 02, den Haushaltsplan der Staatskanzlei der Landesregierung. Wodurch zeichnet sich dieser Einzelplan 02 und der Haushalt der Landesregierung in diesem